

Interview mit China-Experte Ralph Weber (TEIL II)

In seiner Forschung legt Ralph Weber unter anderem Schwerpunkte auf die chinesische politische Philosophie und auf die Aussenpolitik der Volksrepublik (VR) China. Ende 2020 hat er die erste wissenschaftliche Studie über den Einfluss der Kommunistischen Partei (KP) China in der Schweiz veröffentlicht, diese generierte grosse Aufmerksamkeit.

Rahel Jud

In Ihrer Studie¹ identifizieren Sie personenbezogene und institutionalisierte Netzwerke, die der KP China zur Beeinflussung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in der Schweiz dienen. Welches Fazit kann aus der Studie gezogen werden?

Ralph Weber – Die Studie zeigt, wie die Einheitsfront in die chinesische Diaspora in der Schweiz hineinwirkt und welche Rolle die chinesische Botschaft in Bern und das Konsulat in Zürich dabei spielen. In der Studie warne ich nachdrücklich davor, aufgrund der Verbindungen in der chinesischen Diaspora zum Einflussapparat des chinesischen Parteistaats einen Allgemeinverdacht gegen Chinesinnen und Chinesen in der Schweiz abzuleiten. Das wäre höchst problematisch und würde weit am Sachverhalt vorbeiziehen. Einige wenige Figuren der Diaspora wirken allerdings als wichtige Verbindungsglieder in die Schweizer Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft hinein. Akteure in diesen Bereichen unterhalten zahlreiche Kontakte etwa mit dem Propagandasystem der KP China. Die Folgen solcher Kontakte sind oft subtil und schleichend. Es geht um die Beeinflussung des Diskurses rund um «China» und um sich normalisierende Selbstzensur verschiedenster Akteure in der Schweiz, aber auch um Technologietransfer oder die Marginalisierung von unliebsamen Personen oder Mitgliedern ethnischer Minderheiten. Diese Vorgänge sind uns nur wenig bekannt.

Tibeter/-innen sowie Uigur/-innen in der Schweiz berichten davon, dass sie von Akteur/-innen des chinesischen Regimes in der Öffentlichkeit beschattet, an Demonstrationen fotografiert und auf den sozialen Medien belästigt werden und ihre Computer und Smartphones von Cyber-Attacken betroffen sind². Steckt hinter diesen offenen Einflussversuchen und verdeckten Überwachungsmaßnahmen mehr als Einschüchterung?

Diese Praktiken sind gut dokumentiert, auch jenseits der Schwierigkeit, dass hier Propaganda oft auf ebenfalls problematische Gegenpropaganda trifft. Einschüchterung ist ein wichtiges Ziel. Zunehmend werden inländische Praktiken des autoritären Regimes aufs Ausland angewandt. Souveränität wird extraterritorial beansprucht, etwa in offiziellen Gesetzen wie im neuen Hongkonger Sicherheitsgesetz oder im Antisanktionsgesetz. Einschüchterung befördert letztlich Selbstzensur und ist also zielführend. Der chinesische Parteistaat scheut sich auch nicht vor

weitergehenden Repressalien, etwa forcierte «Repatriierungen», d.h. Entführungen, wie im bekannten Fall von Gui Minhai, oder die Verhaftung und Internierung von in der VR China verbliebenen Familienmitgliedern.

Welche sozialen Auswirkungen können diese Praktiken auf betroffene Personen haben?

Die sozialen Auswirkungen können weitreichend sein. Menschen in unserer Mitte, die notabene mit allem Recht hier leben, für die eine staatliche Schutzpflicht besteht und für die wir als politische Gemeinschaft Verantwortung tragen, können ihre Grundrechte nicht frei ausüben. Sie müssen sogar mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Das ist psychisch und sozial gravierend, rüttelt aber zugleich auch am Fundament unserer liberalen Demokratie.

Ihre Studie wurde von der Chinesischen Botschaft in Bern auf deren Webseite kommentiert und die Erkenntnisse darin dementiert. Haben Sie selbst weitere direkte oder indirekte Druck- oder Denunziationsversuche von Seiten staatlicher Akteur/-innen erlebt?

Zum «nachdrücklichen Protest» der Chinesischen Botschaft kam noch eine Verlautbarung des Konsulats in Zürich hinzu, in der meine Studie und meine Person angegriffen werden. Aber damit musste ich rechnen. Die Repräsentanten der VR China tun, was Vertreter solcher Regimes tun müssen. Man kann sich kaum vorstellen, dass eine Schweizer Botschaft auf eine wissenschaftliche Studie ähnlich reagieren würde. Die Studie hat viele weitere Reaktionen hervorgerufen, die jedoch mit wenigen Ausnahmen auf der Ebene von Beleidigungen und Verleumdungen geblieben sind. Oft handelt es sich dabei um selbstinitiierte Handlungen, aber das lässt sich nicht immer abschliessend feststellen.

Von welchen Einflussversuchen auf Forschungstätigkeiten an Schweizer Universitäten ist auszugehen? Sind Sie informiert über Ereignisse?

Da in der Schweiz exzellente Forschung betrieben wird, ist es nicht erstaunlich, dass Universitäten und Hochschulen im Fokus des chinesischen Parteistaats sind. Man findet Einflussversuche auf der persönlichen wie institutionellen Ebene. Zu den grössten Effekten gehören weit verbreitete Selbstzensur und uninformierte Kooperationen, die bis zu komplexen Abhängigkeitsverhältnissen oder etwa zu Technologietransfer führen können. Ab und

zu scheitern aber auch einfach der antizipierte Nutzen einer Kooperation die wahrgenommenen Risiken zu überwiegen. Seit etwa einem Jahr erhält die Problematik von Wissenschaftsseite deutlich mehr Beachtung. Mehrere Universitäten und die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen arbeiten derzeit an Richtlinien und Massnahmen.

In der Schweiz gibt es ein Konfuzius-Institut an der Universität in Genf. Diese weltweiten Institute wurden wiederholt als Kanäle bezeichnet, über welche die KP China versucht, international «weiche kulturelle Macht»³ auszuüben. Was bedeutet das konkret?

Die Konfuzius-Institute sind in der Forschung schon früh als Propagandainstrumente diskutiert worden. Wie so viele Initiativen der VR China sind sie durch eine grosse Ambivalenz geprägt. Zum einen vermitteln sie chinesische Sprache, Kultur und Traditionen, was ja an sich wünschenswert wäre. Zum anderen bestimmt Selbstzensur die Aktivitäten des Instituts, oft aber auch der betreffenden Universität und der Stadt, wo das Institut angesiedelt ist. Einmal eingerichtet können sie so zum politischen Asset werden. Letztlich hat diese Ambivalenz aber System. Der chinesische Parteistaat nützt so die Offenheit liberaler Demokratien aus. Inzwischen sind viele Konfuzius-Institute in Europa und in Nordamerika wieder geschlossen. Sie waren immer nur ein relativ kleiner Teil in einem viel grösser angelegten Einflussystem.

In der Schweiz scheinen Wirtschaftsinteressen Vorrang vor dem Dialog rund um Menschenrechtsverletzungen und vor Forderungen nach Sanktionen gegenüber China zu haben. Hat die Schweiz ihren Handlungsspielraum mit China aufgrund der zunehmend engeren wirtschaftlichen Verflechtungen selbst eingeschränkt?

Die Wohlfahrt der Schweiz, auch die wirtschaftliche, ist ein bedeutsames Ziel der Aussenpolitik, aber die Bundesverfassung betont gleichermassen die Unabhängigkeit. Auch die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie sind erwähnt. Das kann zu Zielkonflikten führen. In den letzten 20 Jahren haben wir zwar von Menschenrechten gesprochen, aber auf gute Wirtschaftsbeziehungen gesetzt. Damit hat man sicherlich Handlungsspielräume eingeschränkt. Mit den neuen Spannungen in der internationalen Politik und dem aggressiveren Auftreten der VR China werden Unternehmer sich jedoch wohl oder übel neu orientieren müssen. Vielleicht ist diese Neuausrichtung eine Chance, das Verhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder in ein besseres Gleichgewicht zu rücken.

In einem kürzlich erschienenen Online-Artikel wurden Sie wie folgt zitiert: «[Die Schweizer Regierung] ist in einer sehr vertrackten Lage, da man die wirtschaftlichen Verbindungen zwar weiterhin vertiefen will, andererseits die Volksrepublik China global konfrontativer auftritt und die schweizerische Zivilgesellschaft und das Parlament den Druck auf die Regierung und die Wirtschaft erhöhen.» Welche China-Strategie fänden Sie für die Schweiz sinnvoll?

Die Schweizer Regierung sieht sich in Wertefragen europäischen Ländern, der EU und letztlich auch den USA näher. Gleichzeitig betont die China-Strategie, dass man keinem Block zugehöre. Die Sprache von Blockzugehörigkeit verweist auf den Kalten Krieg, der aber als Vergleich nur beschränkt taugt. Wirtschaftlich, kommunikationstechnisch und auch sonst sind heute die Verknüpfungen globaler und intensiver. Wenn wir uns von «Blöcken» zu sprechen genötigt sehen, dann ist das dem Eindruck geschuldet, dass sich derzeit zwei Normenräume ausbilden, die scheinbar in Linie mit der ebenfalls drohenden Konfrontation zweier Grossmächte fallen. Ich sage «scheinbar», weil genau hier zwischen Machtblock und Normenraum zu differenzieren ist. Sich etwa auf der Seite der USA zu positionieren, wenn es um Werte und Normen geht, die man auch unabhängig von den USA verteidigen würde, ohne sich aber in die Grossmachtpolitik der USA einspannen zu lassen, ist die Gratwanderung, die uns irgendwie gelingen muss.

> Teil I wurde im tibetfocus 153 publiziert:
gstf.org/2021/09/20/interview-mit-prof-dr-ralph-weber-im-tibetfocus-tf-153



- 1 Weber, Ralph 2020: Unified message, rhizomatic delivery: A preliminary analysis of PRC/CCP influence and the united front in Switzerland. *Sinopsis – China in Context and Perspective*.
- 2 Siehe unter anderem: GfbV-Bericht, 2018: *Chinas langer Schatten: Freihandel, Soft Power und Grundrechte – Zur Situation der tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz, 2013–2018*.
- 3 Hamilton, Clive und Ohlberg, Mareike 2020: Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. 1. Auflage. München: DVA.

«Zunehmend werden inländische Praktiken des autoritären Regimes aufs Ausland angewandt. (...) Einschüchterung befördert letztlich Selbstzensur und ist also zielführend.»

